Beschluss (vorläufig) Mehr Bürger*innenbeteiligung

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 21.11.2019

Antragstext

Wem gehört die Stadt? Natürlich den Bürger*innen. Sie müssen viel stärker gehört werden. Viele Projekte in den Bereichen Umwelt, Verkehr, Soziales, Kultur und Inklusion wären ohne das vielfältige Engagement der Nürnberger*innen nicht möglich. Wir Grüne sind selbst aus Bürger*inneninitiativen entstanden und unterstützen Bürger*innen, die Verantwortung übernehmen und die Stadtgesellschaft mitgestalten wollen.

Eine Kultur des Gehörtwerdens

Die Stadt steht zwar Bürger*inneninitiativen professionell mit Informations- und Vernetzungsangeboten zur Seite, stellt Räume oder Finanzmittel. Aber auch Stadtverwaltung und Stadtrat müssen sich für das Bürger*innenengagement weiter öffnen.

Die Bürger*innen sollen darüber mitentscheiden, wofür Geld ausgegeben wird. Von Fahrradwegen und Bolzplätzen bis zur Gestaltung öffentlicher Plätze oder ganzer Areale sollen sie sich frühzeitig in die Planung einbringen können und in richtungsweisenden Fragen das letzte Wort haben: beispielsweise bei großen Infrastrukturprojekten. Dies führt zu besseren Ergebnissen und mehr Akzeptanz für solche Projekte.

Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass Beteiligungsprozesse in Zukunft ergebnisoffen verlaufen. Auch fordern wir Grüne, zu Beginn einer Wahlperiode ein Zukunftsprogramm für jeweils fünf Jahre zu entwickeln und daran Bürger*innen und Organisationen zu beteiligen. Für jedes Haushaltsjahr werden die jeweiligen Ziele des Programms durch Stadtrat und Verwaltung konkret heruntergebrochen.

Die Einführung eines Jugendparlaments, wie es bereits vielerorts existiert, mit ausreichender Finanzierung und einer hauptamtlichen Geschäftsführung zur Verwirklichung eigener Projekte, von denen junge Menschen direkt profitieren, halten wir für eine gute Möglichkeit, Jugendliche unter 18 Jahren am demokratischen Diskurs zu beteiligen. Dies soll in Kooperation mit dem Kreisjugendring und parallel zur Stadt-Schüler*innen-Vertretung und nicht an ihrer statt geschehen oder finanziert werden. Die Stadt-SV als Vertreter*innen-Gremium der Nürnberger Schüler*innen soll weiterhin Sachverständige in die Schulausschusssitzungen entsenden dürfen.

Wir möchten in eine öffentliche Diskussion über die Schaffung demokratisch gewählter Stadtteilgremien einsteigen.

Offene Informationen für mehr Bürger*innenbeteiligung

Für eine kontinuierliche Bürger*innenbeteiligung in allen Stadien der Planung ist es darüber hinaus notwendig, neue Verfahren auszuweiten, die alle Menschen einbinden und nicht nur die bereits in der Stadtgesellschaft Engagierten:

- Dazu müssen zuerst die relevanten Informationen und Dokumente zugänglich gemacht und praxisgerechte Beteiligungsinstrumente geschaffen werden.
- Datenbestände der Stadt Nürnberg wie zum Beispiel Umwelt-, Verkehrs- und Haushaltsdaten müssen veröffentlicht und der maschinellen Verarbeitung zugänglich gemacht werden. Die Daten sollen einer offenen Lizenz unterliegen.
- Mit der Einführung eines Bürger*innenhaushalts soll ein Teil des kommunalen Haushalts für Investitionsprojekte reserviert werden, über den die Bürger*innen in einem offenen Prozess entscheiden können.
- Wir fordern die Ausweitung niedrigschwelliger Beteiligungsformen während der Planungs- und Umsetzungsphase von Infrastrukturprojekten. Das können beispielsweise Planungsworkshops, Diskussionsforen oder Planungszellen sein, zu denen eine repräsentative Auswahl von Bürger*innen eingeladen wird und in denen Bürger*innengutachten erstellt werden.
- Bei Entscheidungen von großer Tragweite möchten wir verstärkt auf Ratsbegehren zurückgreifen. Dabei stellt der Stadtrat strittige Fragen aus dem eigenen Entscheidungsbereich zur Abstimmung durch die Bürger*innen.

Den Stadtrat stärken und zum Ort der Debatte machen

Im Gegensatz zu fast allen anderen Bayerischen Städten und Gemeinden, haben die ehrenamtlichen Stadträt*innen in der Stadt Nürnberg keine klar umrissenen Auskunfts- und Antragsrechte. Das ist zutiefst intransparent, undemokratisch und schwächt die Rolle des Stadtrats gegenüber Stadtspitze und Stadtverwaltung, wenn es keinen Anspruch darauf gibt, dass gestellte Anträge auch behandelt werden müssen. Wir werden daher die Geschäftsordnung des Stadtrats der Stadt Nürnberg dahingehend ändern, dass Stadträt*innen Anfragen an die Stadtverwaltung stellen können, die binnen sechs Wochen beantwortet werden müssen, und Anträge binnen sechs Monaten auf die Tagesordnung der Ausschüsse bzw. des Stadtrats gesetzt werden müssen. Nur so können die Mitglieder des Stadtrats die Anliegen der Bürger*innen auch schlagkräftig gegenüber der Verwaltung vertreten und der Stadtrat insgesamt seiner Aufgabe gerecht werden.

Transparente Politik

Wir Grünen setzen uns dafür ein, öffentliche Sitzungen des Stadtrats auch live im Internet zu übertragen und dauerhaft zugänglich zu machen. Das macht politische Entscheidungen transparenter und führt zu einer geringeren Distanz zwischen den Bürger*innen und ihren gewählten Vertreter*innen. Zudem muss das Internetangebot der Stadt Nürnberg dringend übersichtlicher und bürger*innenfreundlicher gestaltet werden.

Schlüsselprojekt Bürger*innenbeteiligung

Entscheidungsprozesse werden durch Bürger*innenbeteiligung transparenter und nachvollziehbarer gemacht. Sie bietet allen den Einstieg mitzuwirken. Andere deutsche Großstädte übertragen bereits heute erfolgreich ihre Stadtratssitzungen ins Internet.

Sollte es darüber hinaus Entscheidungsbedarf geben, wollen wir das Instrument der öffentlichen Gruppenpetitionen schaffen. Wer 2.500 Unterstützende für eine Petition nachweisen kann, soll Anhörungsrecht im zuständigen Fachausschuss des Stadtrats und ein Anrecht auf eine qualifizierte Stellungnahme bekommen.

Ergänzend dazu wollen wir die Möglichkeiten elektronischer Kommunikation nutzen: zum Beispiel mit Online-Foren im Vorfeld von Bürgerversammlungen.